

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Meine Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen allen einen wunderschönen guten Morgen. Zur 8. Sitzung der Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ begrüße ich Sie ganz herzlich: alle Abgeordneten und Sachverständigen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags und natürlich die Zuschauerinnen und Zuschauer, die den Livestream nutzen. Später werde ich auch noch Besuchergruppen begrüßen dürfen.

Wir haben heute einen Testlauf, indem wir im Plenarsaal tagen. Am Ende der Sitzung werden wir darüber abstimmen, ob wir das auch zukünftig so halten wollen. Es war ein Beschluss der Enquete-Kommission, das auszuprobieren.

Ich möchte – auch für die Zuschauerinnen und Zuschauer des Livestreams – einige Erläuterungen zur heutigen Sitzung abgeben: Wir werden heute den ersten Zwischenbericht der Enquete-Kommission beschließen. Darin sind Zusammenfassungen der vier Anhörungen enthalten, die wir hier durchgeführt haben. Die Fraktionen werden über die Empfehlungen, die sie geben wollen, diskutieren.

Ein Hinweis: Einige Vorlagen stehen noch nicht im Blog, sondern wurden jetzt direkt auf die Plätze verteilt. Natürlich werden sie alle im Laufe des Tages auch im Blog zu finden zu sein.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Beratung und Abstimmung über den Entwurf des Zwischenberichts

dazu: Vorlage EK 16/2-88

- a) **Punkt B Auftrag und Zusammensetzung der Enquete-Kommission und wesentlicher Gang der Beratungen**
dazu: Vorlage EK 16/2-69
- b) **Punkt C Beratungen, Ergebnisse und Empfehlungen zur Verbesserung der Partizipationschancen**
 - aa) **Kinder- und Jugendbeteiligung / Mitbestimmung in der Schule**
 - **Ergebnisse der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ zu dem Bereich „Verbesserung der Partizipationschancen in den Lebenswelten“**
 - **Anhörung**
 - **Bericht der Landesregierung**
 - **Bericht des Direktors beim Landtag zur Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“****dazu:** Vorlagen EK 16/2-70/72/76
 - bb) **Gendergerechte Demokratie**
 - **Anhörung**
 - **Bericht der Landesregierung****dazu:** Vorlagen EK 16/2-74/77
 - cc) **Multikulturelle Demokratie**
 - **Ergebnisse der Enquete-Kommission 15/2 „Integration und Migration in Rheinland-Pfalz“ zum Thema „Gesellschaftliche und politische Teilhabe und Wahlrecht“**
 - **Anhörung**
 - **Bericht der Landesregierung****dazu:** Vorlagen EK 16/2-73/79/86
 - dd) **Beteiligungshemmnisse und -gerechtigkeit / Generationengerechtigkeit**
 - **Anhörung**
 - **Bericht der Landesregierung****dazu:** Vorlagen EK 16/2-80/87
- c) **Punkt D Transparente Enquete**
 - aa) **Bericht über die Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Landtags zur Unterstützung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“**
dazu: Vorlage 16/2-90
 - bb) **Statistische Auswertung zum Blog**
dazu: Vorlage EK 16/2-81
 - d) **Punkt E Übersicht der Unterlagen und Materialien, deren sich die Enquete-Kommission bediente**
dazu: Vorlage EK 16/2-89

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Ihnen allen sind die Zusammenfassungen der Ergebnisse der Anhörungen, der vorangegangenen Enquete-Kommission, auf die wir uns bezogen haben, sowie der Be-

**8. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 01.06.2012
– Öffentliche Sitzung –**

richte der Landesregierung zu den jeweiligen Themen zugegangen. Wir müssen erst einmal klären, ob wir en bloc oder über die jeweiligen Punkte abstimmen. – Es soll en bloc abgestimmt werden.

Die Enquete-Kommission stimmt den Vorlagen EK 16/2-69/70/72/73/74/76/77/79/80/81/86/87/88/89/90 einstimmig zu.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Mitarbeitern des Wissenschaftlichen Dienstes für diese hervorragende Arbeit herzlich bedanken. Das sind sehr umfangreiche Zusammenfassungen.

(Beifall im Saal)

Punkt 2 der Tagesordnung:

Beratung und Abstimmung über den Entwurf des Zwischenberichts

dazu: Vorlage EK 16/2-88

a) **Punkt A Einleitung**

dazu: Vorlage EK 16/2-91

Die Enquete-Kommission stimmt der Vorlage EK 16/2-91 einstimmig zu.

b) **Kinder- und Jugendbeteiligung / Mitbestimmung in der Schule
Empfehlungen der Enquete-Kommission**

dazu: Vorlage EK 16/2-92

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Gibt es hierzu Wortmeldungen, oder möchte jemand die Empfehlungen kurz vorstellen?

Herr Lammert, bitte.

Herr Abg. Lammert: Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind bei Punkt 2 b der Tagesordnung: Empfehlungen der Enquete-Kommission. Ich melde mich jetzt, weil Sie vermutlich einzeln über die Punkte abstimmen lassen werden.

Im Namen der CDU-Fraktion möchte ich sagen: Wir haben uns die Vorlagen angeschaut, und wir werden bis zum Druckschluss ein Papier mit einer abweichenden Meinung nachreichen.

(Frau Abg. Brede-Hoffmann: Noch einmal! Das habe ich nicht verstanden!)

– Wir werden ein Papier mit einer abweichenden Meinung einreichen.

(Frau Abg. Kohnle-Gros: Das ist ein Minderheitenrecht!)

– Das ist ein Minderheitenrecht. Darüber braucht von Ihnen nicht abgestimmt zu werden.

(Zurufe)

– Sicherlich, aber da sind wir noch nicht. Wir haben das noch nicht bis ins Detail ausgearbeitet. Aber das wird noch eingespeist.

Ich will nur sagen, dass wir im Augenblick noch eine intensive Diskussion benötigen, auch innerhalb der Fraktion. Wir konnten uns noch keine abschließende Meinung bilden. Viele schwierige Sachzusammenhänge und zum Teil auch sehr schwierige verfassungsrechtliche Aspekte sind zu beleuchten. Sicherlich hat uns vieles, worüber im Rahmen der Anhörungen gesprochen wurde, etwas gebracht, aber wir wollen in der Fraktion noch intensiv darüber diskutieren.

Wir sehen dies als einen Zwischenbericht. Wir wollen vor allem diese Erkenntnisse, also das, was bisher gelaufen ist, in die weiteren Berichte – sprich: in die nächste Phase – einfließen lassen. Daher können wir hier noch keine Handlungsempfehlungen abgeben. Wir sind in unserem Verfahren noch nicht so weit, dass wir hier ein abschließendes Urteil abgeben können. Das heißt nicht, dass nicht die eine oder andere der zu diesem Bereich vorliegenden Handlungsempfehlungen begrüßenswert oder diskussionswürdig wäre. Aber was das Gesamte betrifft, werden wir ein Papier mit einer abweichenden Meinung einreichen, die im weiteren Verlauf der Enquete-Kommission in die Arbeit eingespeist werden soll. Diese Enquete-Kommission läuft schließlich noch. Es ist nicht so, dass sie mit diesem Zwischenbericht ein Ende findet, sondern wir werden uns hier weiterhin treffen und darüber diskutieren.

Außerdem haben wir in unserer Partei jetzt ein umfängliches Verfahren angestoßen – das gehört bei uns eben auch zur Bürgerbeteiligung –, in dessen Rahmen wir vor Ort viele Punkte abfragen und un-

8. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 01.06.2012
– Öffentliche Sitzung –

tereinander abstimmen werden. Bei diesem Verfahren sind wir aber noch nicht so weit. Vor dem Hintergrund werden wir Ihnen ein Papier mit einer abweichenden Meinung nachreichen.

Herr Abg. Haller: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei allem Respekt: Wir sind über dieses Vorgehen sehr enttäuscht und auch empört; denn im Vorfeld ist etwas anderes abgesprochen worden. Ich muss sagen, wir hatten den Eindruck, dass wir ernsthaft an diesem Zwischenbericht arbeiten, für den auch vieles im Vorfeld gesprochen hat. Wir haben dieses Verfahren nicht aus Spaß vereinbart. Vielmehr war völlig klar, dass die Regierung dabei ist, Gesetzesvorlagen zu entwickeln. Ich finde auch, es gehört zum Anspruch eines Parlaments, dass man sich dort unter anderem mit Fragen, die Verfassungsänderungen betreffen, ordentlich auseinandersetzt. Wir sind wirklich enttäuscht darüber, dass das nicht möglich war.

Dass Sie da Beratungsbedarf haben: In allen Ehren, diesen Beratungsbedarf hatten wir auch. Nur wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, an dem wir schauen müssen, dass wir noch Einfluss auf Gesetzgebungsverfahren nehmen können, die demnächst irgendwann in Gang kommen. Ich finde, es sollte der Anspruch der Enquete-Kommission sein, sich dort mit einzubringen.

Es war etwas anderes vereinbart. Wir haben Ihnen ein ganz klares Signal gesendet, dass wir jederzeit zu einem Gespräch bereit sind. Das war in vielen Bereichen so. Wenn ich mir überlege, wie das Vorwort zu dem Zwischenbericht der Enquete-Kommission zustande kam: Ich glaube, es ist ein Novum, dass eine Vorsitzende den Entwurf für das Vorwort zu dem Zwischenbericht einer Enquete-Kommission an die Enquete-Mitglieder schickt und im Prinzip erst um kurz vor zwölf eine Rückmeldung bekommt. Das sind Sachen, bei denen ich sage, so geht man unter Kollegen nicht miteinander um. Ich muss ganz ehrlich sagen, das hat mich sehr empört.

Ich bin gespannt, wie es in den nächsten Phasen weitergeht. Ich bin ein Stück weit ratlos. Schließlich sind auch Handlungsempfehlungen dabei, über die man sich problemlos hätte verständigen können. Dessen bin ich mir ganz sicher. Wenn ich mir durchlese, was dort zu dem Punkt „Beteiligungshemmnisse“ steht – zum Beispiel wie man behinderte Menschen besser beteiligen kann –, stelle ich fest: Das ist nichts, worüber man politisch groß diskutieren müsste, sondern das sind Verbesserungen, die man hier anstoßen kann und die dann ganz schnell gesetzgeberisch umgesetzt werden können.

Das sind Dinge, die wir einfach bedauern. Ich hoffe, dass wir einen Weg finden, wie das besser zu machen ist. Ihr Minderheitenrecht in allen Ehren: Wir haben Ihnen immer Angebote gemacht, und wir finden es einfach schade, dass sie nicht genutzt wurden. Wir wären auch bereit gewesen, mit Ihnen jeden einzelnen Satz durchzugehen. Ich glaube, man hat auch bei dem Vorwort gemerkt, dass wir gar nicht auf allen unseren Positionen beharren. Uns ist das Thema wichtig. Wir wollen hier auch keine Parteipolitik machen, sondern die Demokratie für unser Land weiterentwickeln.

Frau Abg. Spiegel: Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich der Empörung des Kollegen Martin Haller nur anschließen. Auch ich bin sehr konsterniert; denn der Zeitplan war schon seit Längerem hinlänglich bekannt. Ich habe das Verfahren, über das wir in der Enquete-Kommission einen Konsens hergestellt haben, so verstanden, dass wir, wenn die Textbausteine für den Zwischenbericht vorliegen, in einen politischen Diskurs darüber einsteigen. Ich finde es etwas befremdlich, dass von Ihnen heute Morgen überhaupt nichts Schriftliches vorliegt, nachdem wir Ihnen sozusagen einen Ball in Form von Textentwürfen ins Feld gespielt und auf irgendeine Rückmeldung gewartet haben, damit wir anhand deren in die politische Diskussion über die Texte einsteigen können. Ich finde das extrem bedauerlich.

Es macht es auch sehr schwer, sich mit Ihnen über die einzelnen Elemente der Anhörungen inhaltlich auseinanderzusetzen. Ich glaube ebenfalls, dass, beispielsweise bei der Anhörung zu den Beteiligungshemmnissen, an der einen oder anderen Stelle partei- und fraktionsübergreifend durchaus eine große Einigkeit festzustellen war. Vor diesem Hintergrund bin ich wirklich sehr verwundert darüber, dass es von Ihnen zu den vorliegenden Textbausteinen überhaupt kein Feedback etwa in der Form von „Das finden wir gut“, „Damit können wir leben“, „Da hätten wir noch einen Änderungsbedarf“ oder „Unser Änderungsvorschlag sieht wie folgt aus“ gibt. Das ist ein bisschen so, als ob man in den Wald hineinriefe und nichts passieren würde.

Ich finde das sehr schade. Ich finde auch, es wird dem Anspruch dieser Enquete-Kommission nicht gerecht. Ich hätte mir wirklich gewünscht, dass es eine Debatte anhand von schriftlichen Vorlagen

gibt, damit wir uns darüber auseinandersetzen können. Darin muss ich meinem Kollegen Martin Haller ausdrücklich zustimmen: Wir haben Ihnen, indem wir Textvorschläge gemacht haben, oft die Hand gereicht, und wir hätten uns gewünscht, mit Ihnen in eine Diskussion darüber einzusteigen. All das ist nicht der Fall. Das finde ich sehr schade.

Frau Abg. Kohnle-Gros: Frau Vorsitzende, Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatssekretär! Ich habe diese Reaktion ein Stück weit erwartet. Ich sage Ihnen – das ist auch eine etwas künstlich hochgezogene Debatte –: Wir haben Ihre Vorlagen in Form eines Vorentwurfs am letztem Wochenende bekommen. Dazwischen lag nicht einmal eine ganze Arbeitswoche. Wir haben versucht, uns mit Ihren doch sehr zahlreichen Vorschlägen auseinanderzusetzen, und dabei festgestellt, dass wir über viele Fragen noch einmal in unserer Fraktion – auch mit den jeweiligen Experten zum Beispiel für schulische oder kommunale Angelegenheiten – diskutieren möchten. Das ist nicht auf Anhieb gelungen; das gebe ich ehrlich zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind allerdings auch nicht dafür da, gemeinsam mit ihnen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Sie Ihren Koalitionsvertrag abarbeiten können. Das müssen Sie schon ein Stück weit selbst gestalten.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie Gesetzesvorlagen von der Landesregierung erarbeiten lassen, sage ich Ihnen: Es gibt das Parlament, das über diese Gesetzesvorlagen zu beraten hat. Es bieten sich dann noch genügend Gelegenheiten, um über die konkreten Ausformungen, die Sie sich jetzt hier vorgenommen haben, zu sprechen.

Die Enquete-Kommission hat einen anderen Auftrag. Wir haben die Argumente zusammengetragen, die die von uns benannten Sachverständigen geliefert haben, und jetzt ist es an uns, die Vorlagen, die wir hergestellt haben, auszuwerten. Wenn es an einer Stelle konkret wird, können wir die Argumente durchaus noch einmal einfließen lassen. Es besteht für die Fraktionen an keiner Stelle ein Zwang, sich über bestimmte Dinge im Zurufverfahren zu verständigen, sondern es ist uns aufgetragen, selbst darüber zu entscheiden, wie wir damit umgehen. Das will ich für uns hier festhalten.

Natürlich sind auch wir an einer guten Zusammenarbeit und an einer guten Diskussion interessiert. Aber zunächst einmal geht es darum, dass wir einfach Sachen zusammentragen. Dann werden wir unsere Schlüsse daraus ziehen. Wir werden uns noch einmal schriftlich dazu äußern – das haben wir angekündigt –, und dann werden wir im weiteren Verfahren sehen, wie wir uns auf die jeweiligen Punkte einlassen. Von unserer Seite aus gibt es da keinen Zeitdruck; das sage ich Ihnen ehrlich. Es besteht keine Notwendigkeit, innerhalb weniger Tage Entscheidungen über die Schlüsse zu fällen, die wir aus diesen Beratungen ziehen. Wir wollen das intensiv vorbereiten.

Frau Abg. Brede-Hoffmann: Frau Vorsitzende, Herr Staatssekretär, liebe Kollegen von der CDU-Fraktion! Frau Kollegin Kohnle-Gros, ein bisschen wundern wir uns schon. Wir haben gar nicht erwartet, dass Sie sich mit den vorhandenen Vorschlägen Punkt für Punkt auseinandersetzen. Wir hätten uns heute nur gewünscht, dass Sie eigene Vorschläge haben und dass wir über die unterschiedlichen Ideen, die den Anhörungen entstammen, die wir gemeinsam erlebt haben, konstruktiv diskutieren können. Das ist eigentlich die Arbeitsweise einer Enquete-Kommission.

Ich habe schon einmal eine Enquete-Kommission geleitet. Ich kann mich nicht entsinnen, damals einmal in der Situation gewesen zu sein, über ein Nichts diskutieren zu müssen. Heute dagegen sieht es so aus: ein vereinbarter Termin; ein abgesprochener Zeitplan; eine mithilfe vieler E-Mails – die wohl die Frau Vorsitzende geschrieben hat – allen kommunizierte Verfahrensweise; eine zugeschickte Einleitung; in allen Berichten ein Thema, über das wir hätten diskutieren können.

Eine Enquete-Kommission ist etwas Scheinwissenschaftliches. Es ist mir wichtig, darauf hinzuweisen. So haben wir bis jetzt auch gearbeitet – zusammen mit Fachleuten, die einen wissenschaftlichen Anspruch haben. In der Wissenschaft setzt man sich normalerweise mit These und Antithese auseinander. Nun könnte man die Antithese zu einer These machen, indem man allem zustimmt. Das haben Sie zwar signalisiert, werden Sie aber nicht machen. Dann fehlt mir die Antithese. Wo ist sie denn? Warum dürfen wir heute über unsere eigenen Papiere diskutieren? – Frau Kollegin Kohnle-Gros, diesen Bedarf verspüre ich heute nicht mehr ganz so ausgeprägt. Ich habe das mit meinen Kolleginnen

und Kollegen sowie mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion der GRÜNEN in den letzten Wochen intensiv gemacht.

Ich würde heute gern über Ihre Thesen diskutieren. Ich würde auf dem Weg zu einem Zwischenbericht für unser Parlament, dessen Beratung, wenn ich das richtig sehe, für das nächste Plenum vorgesehen ist, gern einen Schritt weiterkommen. Dort sollten wir unseren Kolleginnen und Kollegen, die nicht hier sitzen, doch erklären, auf welchem Weg wir uns befinden, wo die Dispute sind und wo Einigkeit besteht. Wie sollen wir das heute schaffen? – Sie werden uns jetzt, ohne Gegenentwürfe vorzulegen, per Zuruf mitteilen, an welcher Stelle Sie bereit sind, mit uns mitzugehen, und an welcher nicht.

Das kann man im Parlament vielleicht noch so machen, aber nicht in einer Enquete-Kommission, die ein anderes Selbstverständnis hat und in der es gerade nicht darum geht – Herr Kollege Reichel –, irgendwie einer Regierung zuzuarbeiten und – Frau Kollegin Kohnle-Gros – irgendwelche vorgelegten Gesetzentwürfe durchzubekommen. So haben Sie es formuliert. Vielmehr geht es in einer Enquete-Kommission darum, inhaltliche Grundlagen für die nächsten Jahre und – wie ich jetzt einmal ganz großartig und mit viel Herzscherz sagen will – Jahrzehnte zu erarbeiten. Dann muss man doch wenigstens seine eigenen Positionen einbringen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in Ihrer Fraktion keine Arbeitsgrundlagen entlang der Anhörungen bzw. der einzelnen Termine, die wir bis jetzt hatten, erstellt worden sind. Wenigstens die hätten Sie uns zusammengefasst als eine Richtschnur vorlegen können, die anzeigt, wohin es bei Ihnen gehen soll.

Ich finde das jetzt – um es einmal salopp auszudrücken – langweilig. Ich finde es langweilig, dass ich, da Sie einfach nichts vorlegen, nicht weiß, worüber ich in den nächsten Monaten eigentlich diskutieren werde. Das entspricht meiner Meinung nach nicht dem Selbstverständnis, das sich aus unserem Einsetzungsbeschluss ergibt und mit dem wir, wie ich glaube, alle zusammen gestartet sind. Ich hätte mich heute gern fetzig mit Ihnen gestritten, aber nicht über nichts, sondern über tatsächliche alternative Entwürfe. Das ist – ich sage das wieder sehr empathisch – ausgesprochen enttäuschend.

Frau Abg. Spiegel: Frau Vorsitzende, Herr Staatssekretär, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gern noch einmal auf das eingehen, was Frau Kohnle-Gros eben gesagt hat. Es ist zutreffend, dass Ihnen die Texte zugeschickt worden sind. Das genaue Datum weiß ich nicht mehr. Meines Wissens haben Sie die Texte vor dem Pfingstwochenende bekommen. Den Informationen zufolge, die ich bekommen habe, wurde uns auch eine Rückmeldung zugesagt, die spätestens gestern hätte erfolgen sollen. Diese Rückmeldung ist nach meinen Informationen nicht erfolgt. Bei mir ist leider kein Dokument angekommen: ein im Änderungsmodus zurückgeschicktes Dokument, ein anderes Dokument oder ein Gegenentwurf.

Ich sehe es so wie Frau Kollegin Brede-Hoffmann: Ich verstehe unsere Arbeit als Parlamentarierinnen und Parlamentarier so, dass wir uns substanziell und an den Texten entlang mit Inhalten auseinandersetzen. Sie haben bereits mehrfach auf Ihren parteiinternen Entscheidungsfindungsprozess hingewiesen. Das mag sicherlich bei manchen Aspekten zutreffen. Aber ich glaube zum Beispiel nicht, dass der Aspekt der Barrierefreiheit, bei dem es darum geht, Beteiligungshemmnisse abzubauen, ein zentraler Gegenstand Ihrer internen Entscheidungsfindungsprozesse ist. Vielmehr glaube ich, dass dies ein Aspekt ist, bei dem wir hier mithilfe von Formulierungen an der einen oder anderen Stelle einen Konsens hätten erzielen können. Ich hätte mir daher eine Rückmeldung in der Form gewünscht, dass Sie uns mitgeteilt hätten: Wir können mit diesen und jenen Textbausteinen leben, und mit anderen Textbausteinen können wir aus den Gründen A, B und C nicht leben. – Dann kann man in einen Diskurs eintreten. So ist das doch ein sehr einseitiges Unterfangen. Ich bin darüber sehr bestürzt und auch entrüstet.

Herr Sachverständiger Kissel: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Ich bin von der SPD-Fraktion als Sachverständiger für kommunale Fragen in diese Enquete-Kommission berufen worden. Ich glaube, ich habe in meinen bisherigen Beiträgen deutlich gemacht, dass ich aus keiner Parteiposition heraus argumentiere, sondern auf der Grundlage der in der kommunalen Praxis gemachten Erfahrungen.

Ich kann Ihnen sagen, dass das Thema „Bürgerbeteiligung“, auch angesichts der gesellschaftspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre, in der kommunalen Familie von außerordentlicher Bedeutung ist, dass wir deswegen die Arbeit der Enquete-Kommission mit großem Interesse verfolgen – das darf

8. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 01.06.2012
– Öffentliche Sitzung –

ich auch für meine Kollegen vom Städtetag sagen – und dass es uns wichtig ist, von hier Hinweise für das Miteinander im gesellschaftlichen Diskurs zu bekommen.

Nach meinem Verständnis lösen sich in einer Enquete-Kommission, wenn man an dem Thema wirklich interessiert ist – das sage ich aus dem kommunalen Erleben heraus; auch wir haben schon Enquete-Kommissionen zu dem Thema „Klimaschutz, Energieeffizienz und demografischer Wandel“ durchgeführt, zumindest in meiner Stadt –, die parteipolitischen Zuordnungen vernünftigerweise auf; denn es geht jeweils um ein Thema, das uns alle in der Politik in besonderem Maße beschäftigen muss. Ein Ziel ist es nämlich auch, dass die Politik insgesamt ein Stück weit ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnt. Das muss unser gemeinsames Interesse sein. Es geht darum, Bürgerinnen und Bürger für öffentliche Entwicklungen und öffentliche Projekte zu gewinnen, sie mitzunehmen und Beteiligungshemmnisse so weit abzubauen, dass sich unter den Menschen nicht das Gefühl weiterverbreitet, die Politiker agierten abgehoben und seien an den Ängsten, Bedenken, Wünschen und Anregungen der Menschen nicht interessiert.

Wenn ich mir als neutraler Sachverständiger erlauben darf, das zu sagen: Ich habe aufgrund der Erklärungen, die die Kolleginnen und Kollegen von der CDU vorgetragen haben, eher den Eindruck gewonnen – Sie verzeihen mir das bitte; das mag eine sehr individuelle Wahrnehmung sein –, dass es Sie nicht zu interessieren scheint, worüber hier diskutiert wird, und dass Sie sich keine Arbeit damit gemacht haben. Das ist eine Wahrnehmung, die ich artikulieren möchte. Es würde mich freuen, wenn es anders wäre. Dass es anders ist, drückt sich darin aus, dass man in der Enquete-Kommission miteinander diskutiert, die parteipolitischen Grenzen, die einen ansonsten trennen, in den Hintergrund drängt und in diesem – wie ich finde – geschützten Rahmen kritische Themen offensiv angeht.

Das hätte ich mir gewünscht; denn für mich bestehen vor dem Hintergrund meiner Erfahrungen auf der kommunalen Ebene und meines kommunalen Verständnisses ohnehin keine Grenzen zwischen Regierungsverantwortung und Opposition. Die Kommunalverfassung kennt weder den Begriff „Regierung“ noch den Begriff „Opposition“. Vielmehr ist der Stadtrat für das Wohl einer Stadt insgesamt verantwortlich, sowohl in der Ausübung der Verantwortung als auch in der Kontrolle, wobei darunter einerseits die gegenseitige Kontrolle und andererseits die Kontrolle der Verwaltung zu verstehen ist, die sozusagen die Regierungsverantwortung auf der kommunalen Ebene trägt.

Mein Wunsch ist, dass man abweichende Meinungen, so es sie gibt, hier artikulieren kann. Das Recht nehme ich mir auch gegenüber meiner eigenen Fraktion heraus. Diese Sache wird erst dadurch spannend und ergiebig, dass man kontrovers miteinander diskutiert und sich dann, da dies ein gesellschaftspolitisch fundamental wichtiges Thema ist, im gemeinsamen Interesse bemüht, einen Konsens zu finden.

Herr Abg. Haller: Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich etwas vergessen habe. Vorneweg: Es gab andere Zusagen; das ist ganz klar. Wir haben immer transparent über den Stand unserer Bearbeitung informiert. Ursprünglich hatten wir vereinbart, dass wir uns am 18. gegenseitig unsere Texte zuschicken. Es war relativ früh klar, dass es bei uns eine Woche später wird. Das hatte einfach den Grund, dass wir die Texte noch der Fraktion vorlegen mussten. Wir haben immer darüber geredet. Wir haben Sie vorher darüber informiert, und es war dann auch okay; es wurde akzeptiert. Uns war es auch immer wichtig, dass das bei Ihnen ankommt und Sie damit einverstanden sind, man also damit leben kann. Es war uns von Anfang an wichtig, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen.

Gestern noch haben wir von Ihnen die Zusage erhalten, dass wir Texte bekommen. Jetzt sitzen wir hier und stehen vor dem Nichts. Man kann sich dem Herrn Oberbürgermeister nur anschließen: Das ist einfach keine Art, miteinander umzugehen. Uns geht es doch auch darum, dass der Respekt vor der parlamentarischen Demokratie wieder größer wird, und dann liefern wir hier ein solches Husarenstück ab. Anders kann man es fast nicht ausdrücken.

Ich möchte mich noch einmal ganz herzlich bei allen bedanken, die, auch im Hintergrund, hart gearbeitet haben. Das sind an erster Stelle die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Landtagsverwaltung. Ich möchte mich auch bei unserer Vorsitzenden bedanken, die das Ganze schön koordiniert hat. Ferner möchte ich mich ausdrücklich bei den Mitarbeitern der Fraktionen bedanken. Sie haben sehr gut miteinander gearbeitet; es herrschte ein sehr gutes Verhältnis zwischen ihnen. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Natürlich möchte ich mich auch bei den Sachverständigen der Fraktionen bedanken, die durch Vorlagen und Eingaben die Arbeit der Enquete-Kommission sehr bereichert haben.

Das gilt selbstverständlich für die Sachverständigen aller Fraktionen. Dafür herzlichen Dank vonseiten der SPD-Fraktion! Ich denke, ich spreche auch im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Man ist einfach unglaublich enttäuscht heute. Es ist auch nicht so, dass Rot-Grün eine Truppe ist, die sich immer einig ist. Auch wir haben wahrlich miteinander um Positionen gerungen. Wenn man jeden Satz in diesem Ding durchgeht und am Ende feststellt, dass man sich das auch hätte sparen können, weil man gar nicht darauf zu achten braucht, dass das so formuliert ist, dass sich die Kolleginnen und Kollegen von der CDU einzelnen Positionen vielleicht anschließen können – so, wie es wünschenswert gewesen wäre –, ist das einfach enttäuschend, und es macht einen wütend.

Frau Sachverständige Univ.-Prof. Dr. Thimm: Vielleicht darf ich die Perspektive, die von den Kollegen gerade aufgezeigt wurde, erweitern. Viele von Ihnen wissen, dass es im Moment in zwei Bundesländern Koalitionsverhandlungen gibt. Auch dort wird übrigens mit großem Interesse auf diese Enquete-Kommission geschaut. Ich bin gefragt worden, welches ihre Themen sind, und habe betont – wir kennen uns aus einer anderen Enquete-Kommission sehr gut –, wie besonders ich, wenn ich das Ganze aus nordrhein-westfälischer Sicht betrachte, die Kooperation der Fraktionen hier finde. Von daher darf ich mich dem hier geäußerten Bedauern anschließen. Ich denke, die CDU-Fraktion hatte ihre Gründe dafür. Aber es ist bei dem Thema, das sehr viel öffentliche Aufmerksamkeit erhält, besonders bedauerlich.

Der zweite Teil meiner Wortmeldung besteht in einer Frage: Wann können wir über diese abweichenden Positionen in der Öffentlichkeit diskutieren – es gibt sicherlich politischen Dissens; das ist auch in einer Enquete-Kommission selbstverständlich –, und wie sieht das weitere Verfahren aus? – Eine Option wäre natürlich, jetzt einfach darüber abzustimmen. Andererseits wäre es vielleicht gar nicht in Ihrem Interesse, wenn Ihre Meinungen nicht gehört würden. Politik findet immer auch in der Öffentlichkeit statt. Von daher würde mich interessieren, wie das gedacht ist und wie wir unserem gemeinsam formulierten Anspruch, dass dies eine transparente Enquete ist – das ist ganz wichtig, das ist unser Selbstverständnis; dafür wird auch viel getan –, im Hinblick auf Ihre anderen Positionen gerecht werden können.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Vielleicht kann ich als Vorsitzende ergänzen, dass es ohnehin eine Deadline gibt. Die abweichenden Stellungnahmen müssen nämlich bis zum 8. Juni vorliegen; sonst klappt es mit der Drucklegung nicht. Die Macht des Faktischen hat da ohnehin für eine Deadline gesorgt. Das ist auch der CDU-Fraktion bekannt.

Frau Abg. Fink: Möchten die Mitglieder der CDU-Fraktion nicht über ihre abweichenden Meinungen diskutieren?

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Das war eine Frage. Möchte sie jemand beantworten?

Frau Abg. Brede-Hoffmann: Das ist eigentlich eine normale Wortmeldung, mit der ich vielleicht auch Ihnen das Problem noch einmal transparent mache. – Sie haben uns eben geschildert, dass Sie die Zeit – die Woche –, die Ihnen zur Verfügung stand, um sich mit unseren Papieren auseinanderzusetzen, zu kurz fanden. Herr Lammert, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gedenken Sie, Ihre Papiere bis zum 8. Juni einzureichen. Was die Arbeit damit betrifft, bedeutet das für jeden von uns eine Frist bis zum 11. Juni. Dann steht aber allen anderen in dieser Enquete-Kommission bis zum Plenum eine genauso kurze Zeit zur Verfügung, um sich mit Ihren Vorschlägen auseinanderzusetzen. Das würde in konsequenter Umsetzung Ihrer heutigen Aussage heißen, im Plenum redet jeder über seine eigenen Vorschläge. Das kann doch nicht Sinn und Zweck eines Zwischenberichts sein, und es kann auch nicht die Erwartungen erfüllen, die an ein Plenum gestellt werden.

Ich habe wirklich nicht mehr das Gefühl, dass Sie auf eine qualitätsvolle Diskussion in der Plenarsitzung hoffen. Wir aber haben darauf gehofft. Wir haben gedacht, im Juni wird in Rheinland-Pfalz klar, dass die Bürgerbeteiligung nicht nur vor Ort ein Thema ist, wie es Herr Kissel dankenswerterweise sehr deutlich geschildert hat, sondern auch im Parlament eine ganz wichtige Rolle spielt.

Frau Kohnle-Gros, ich möchte Sie ganz speziell noch einmal ansprechen: Sie waren seinerzeit bei der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ dabei. Sie wissen, dass wir an mehr als 100 Stellen Besuche gemacht haben und dass uns immer wieder gesagt worden ist, das Tollste sei, man könne gar nicht feststellen, wer in welcher Partei sei: Sie kommen, Sie gehen, Sie waren als Parlamentarier bei

8. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 01.06.2012
– Öffentliche Sitzung –

uns, aber von welcher Partei Sie sind, wissen wir gar nicht. – Es ist den Mitgliedern der Enquete-Kommission, was die Außendarstellung betraf, tatsächlich gelungen, die parteipolitische Orientierung einer hohen Sach- und Zielorientierung unterzuordnen.

Herr Lammert, wenn Sie unsere Papiere gelesen haben, werden Sie festgestellt haben, dass sich zwei Teile des Entwurfs für den Zwischenbericht, nämlich der Teil „Jugend“ und der Teil „Migration“, in ganz hohem Maße auf die bereits vorliegenden Berichte zweier Kommissionen stützen. Zu dem Teil „Jugend“ kann ich, unseren Entwurf für den Bericht nicht kleinmachend, aber ehrlich seiend, sagen, dass außer den Punkten, von denen wir ausgehen, dass wir sie politisch diskutieren müssen – Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre zum Beispiel –, die wesentlichen Teile der Vorschläge auf denen beruhen, die 2006, also vor sechs Jahren, von einer anderen Kommission gemacht worden sind.

Wir haben im Laufe unserer Arbeit und mit Blick auf die Anhörung festgestellt: Diese Vorschläge sind damals gut, und sie sind heute gut. Sie waren damals zukunftsweisend und sind es auch heute noch. Wie man sich damit nicht auseinandersetzen kann, kann ich mir nicht vorstellen.

(Zurufe)

– Ja, genau, das ist einstimmig so beschlossen worden. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre war ein Sondervotum der GRÜNEN. Alles andere, was in dem Bericht steht, ist seinerzeit einstimmig – mit den Stimmen der CDU – beschlossen worden.

In dem Teil „Migration“ wird in der Einleitung klargemacht, dass ein riesengroßer Anteil der Vorschläge von einer anderen Kommission stammt. Auch sie sind bereits beschlossen und Bestandteil des parlamentarischen Arbeitens. Es wäre doch nicht schwierig gewesen, wenigsten zu diesen zwei Teilen entsprechende Vorschläge Ihrer Fraktion vorzulegen. Dann hätten wir heute – ein bisschen in der Hoppeltaktik – ein Stückchen weiter sein können.

Frau Abg. Kohnle-Gros: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hatte sogar schon einmal den Vorsitz einer Enquete-Kommission inne – das war in der letzten Legislaturperiode –, und ich kann Ihnen sagen, dort haben wir in der Tat sehr gut zusammengearbeitet. Ich will hier nicht bewerten, warum das so war; ich will nur sagen, dass man das alles in der Tat sehr gut gemeinsam machen kann.

Wenn ich aber den Unterschied zwischen dieser und den anderen Enquete-Kommissionen beschreiben soll – die letzten drei, die wir hatten, sind hier angesprochen –, muss ich feststellen, dass diese Enquete-Kommission aufgrund dessen, was Sie politisch wollen, eine völlig andere Qualität hat. Sie haben es vorher selbst zum Ausdruck gebracht: Sie möchten im Laufe der Arbeit dieser Enquete-Kommission Gesetzesvorhaben auf den Weg bringen. Das hatten wir in den anderen drei Enquete-Kommissionen nicht, wie Sie zugestehen müssen.

Für den Zeitdruck bei all den Fragen, die in Gesetzgebungsverfahren einmünden könnten, haben Sie im Rahmen Ihrer Koalitionsvereinbarung selbst gesorgt, indem Sie bis zu den nächsten Wahlen – Kommunalwahl oder Landtagswahl – bestimmte Dinge auf den Weg gebracht haben wollen. Für diesen Zeitdruck haben nicht wir gesorgt, sondern Sie. In allen Bereichen, die wir hier abzuklären haben, werden wir vor verfassungsrechtliche oder auch einfach vor hohe gesetzliche Hürden gestellt. Diese müssen, auch von uns als CDU-Fraktion, intensiv bearbeitet werden. Das muss ich hier wirklich sagen.

Es geht nicht, dass die Arbeitsgruppe ständig berichtet, was in der Enquete-Kommission abläuft. Wir haben bis letzte Woche nicht gewusst, wie Sie das angehen. Wir hätten davon ausgehen können, dass – wie es auch geschehen ist – diese Stellen des Koalitionsvertrags 1 : 1 übernommen werden. Das haben Sie jetzt auch so gemacht. Wir haben das natürlich ständig berichtet. Aber wir wussten nicht genau, was Sie in Ihre Empfehlungen hineinschreiben. Das heißt, wir konnten mit den Mitgliedern unserer Fraktion nur spekulativ darüber sprechen.

Jetzt sage ich noch etwas anderes: Wir waren zum Teil sehr überrascht über das, was in Ihren Empfehlungen steht. Ich habe mir noch einmal genau angeschaut, was in den einzelnen Enquete-Kommissionen vorgeschlagen wurde. Frau Brede-Hoffmann, Sie haben völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass, was das Verhältnis zwischen Jugend und Politik anbelangt, bereits 2006 wegweisende

8. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 01.06.2012
– Öffentliche Sitzung –

Beschlüsse gefasst worden sind. Sie sind aber nicht wirklich umgesetzt worden. Deshalb greifen Sie sie jetzt noch einmal auf. Das heißt, Sie schreiben jetzt Dinge hinein, von denen wir gedacht haben, dass sie zumindest für Sie ein Stück weit erledigt seien. Herr Staatssekretär Stadelmaier hat jedes Krümelchen zusammengelesen und in seinen Berichten dargestellt, was in diesem Land schon an Projekten und kleinen Maßnahmen durchgeführt worden ist. Sie sehen sich jetzt genötigt, das aufzugreifen.

Lassen Sie mich auch etwas zur Barrierefreiheit und zu den Behinderten sagen. Es gab eine Veranstaltung in Trier, in der Frau Dreyer eindeutig dargestellt hat, sie geht davon aus, dass, was die Partizipation anbelangt, in diesem Bereich alles schon geregelt ist. Sie hat das alles sehr positiv dargestellt. Sie greifen jetzt hier Dinge auf,

(Herr Abg. Reichel: Sie greifen Ihre eigene Landesregierung an!)

von denen wir sagen: Das müssen wir für uns erst einmal überprüfen. Wir müssen in das Gesetz über Wohnformen und Teilhabe noch einmal hineinschauen können, um festzustellen, was tatsächlich schon drinsteht und was Ihnen Anlass zum Konstatieren von Defiziten gibt. Das müssen Sie uns schon zugestehen. Das kann eine Oppositionsfraktion nicht in vier Arbeitstagen erledigen.

(Frau Abg. Brede-Hoffmann: Wo sind denn Ihre eigenen Sachen?)

– Entschuldigung, wir wollen umfassend auf das eingehen, was hier vorgelegt worden ist, und wir wollen uns vorbehalten, eine eigene Entscheidung zu treffen. Herr Kollege Lammert hat schon darauf hingewiesen: Parallel dazu wird auch innerhalb der Partei über die anderen wesentlichen Fragen diskutiert. Wenn wir etwas vorlegen, muss es schon ein Paket sein, und dann muss alles ein Stück weit abgearbeitet sein.

Noch einmal: Wir nehmen das hier sehr ernst. Ich kann Ihnen sagen, wir arbeiten so intensiv, dass wir schon gar nicht mehr wissen, woher wir die Zeit dafür nehmen sollen. Man muss sich noch einmal alles anschauen, es recherchieren und mit den Leuten telefonieren. Zum Beispiel muss man sich, wenn Sie das Bildungsfreistellungsgesetz ändern wollen, erkundigen, ob all das, was da vorgetragen worden ist, stimmt und was die entsprechenden Verbände dazu sagen. Die Chance hatten wir noch gar nicht. Das steht in Ihrem Koalitionsvertrag, jetzt haben Sie es dort hineingeschrieben, und wir sollen gleich wissen, was für uns die richtige Lösung ist.

So sieht es bei ganz vielen Punkten in diesem Papier aus: Wir haben sie eigentlich für abgearbeitet, von anderen Enquete-Kommissionen vorbereitet oder, ausgehend von den Berichten der Landesregierung, für auf den Weg gebracht gehalten. Jetzt kommen Sie und sagen, wir hätten quasi im Stundentakt alle Lösungen vorbereiten müssen. Dazu waren wir so nicht in der Lage; das geben wir ehrlich zu. Wir werden am Dienstag abschließend darüber beraten und den schriftlichen Text vorlegen, sobald es möglich ist. Dann können wir uns in der Plenarsitzung noch einmal darüber unterhalten.

Herr Abg. Haller: Ich finde das jetzt fast schon wieder lustig. Sie werfen uns vor, es stehe so viel im Koalitionsvertrag; dazu hätten Sie keine Position. Seit wann gibt es den Koalitionsvertrag? Was machen Sie denn hier seit einem Jahr? – Sie werden sich doch zu den Punkten, die wir im Koalitionsvertrag festgelegt haben – zu den meisten jedenfalls –, eine dezidierte Meinung gebildet haben. Das ist doch noch einfacher. Als Mitglieder einer politischen Fraktion im Landtag müssen Sie zu den großen Themen, die im Koalitionsvertrag angekündigt wurden, etwa dem Kommunalwahlrecht und der Bildungsfreistellung, Positionen entwickelt haben – auch in den Arbeitskreisen –, und zwar völlig losgelöst von der Enquete-Kommission.

(Zurufe von der CDU)

– Ja, das haben wir doch genauso gesehen. Wir wollen das mit Ihnen völlig unabhängig vom politischen Betrieb entwickeln und diskutieren. Damit wir Zeit dafür haben, setzen wir Enquete-Kommissionen ein. Darum geht es doch. Da muss man sich schon fragen, ob Sie den Einsetzungsbeschluss gelesen haben. Dort steht das ganz genau.

(Zurufe von der CDU)

8. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 01.06.2012
– Öffentliche Sitzung –

Den Einsetzungsbeschluss haben wir einstimmig beschlossen. Da ist das Aufgabenfeld genau beschrieben. Da werden die Aufgaben definiert. Nichts anderes haben wir beschlossen. Sie waren auch immer dabei, wenn wir die Fragen an die Anzuhörenden festgelegt haben und die Themen ausgewählt wurden. Das war nicht super überraschend, nach dem Motto: Ach Gott, wir haben gar nicht gewusst, zu welchen Themen Sie jetzt Handlungsempfehlungen abgeben.

So läuft das nicht. Es gab immer klare, verbindliche Zusagen von Ihrer Seite und von unserer Seite. Wenn es Abweichungen gab, konnten wir immer darüber reden. Dass es jetzt so endet, ist einfach enttäuschend. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Ich fand nämlich – das habe ich am Anfang schon gesagt, und das möchte ich noch einmal betonen –, dass das Miteinander in der Enquete-Kommission bis jetzt sehr gut war. Wir haben uns immer im Einklang miteinander bewegt.

(Herr Abg. Reichel: Sie sind dabei, das kaputt zu machen!)

– Wir sind dabei, das kaputt zu machen. Herr Reichel, das ist wirklich eine steile These. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Sie sind meistens durch Ihre Zwischenkommentare aufgefallen. Sie schätzen das ein bisschen falsch ein. Man muss sich im politischen Betrieb auf Zusagen des Partners verlassen können. Das ist ein Essential des Ganzen. Das ist einfach so.

Herr Abg. Lammert: Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da einige Punkte vielleicht ein bisschen durcheinandergeraten sind, will ich versuchen, dazu beizutragen, dass sich die Emotionen ein Stück weit nach unten schrauben. Zunächst möchte ich sagen: Herr Kissel, Ihren Vorwurf, wir würden uns nicht damit beschäftigen und den Eindruck erwecken, wir hätten kein Interesse daran, weise ich entschieden zurück. Die Bürgerbeteiligung ist uns unglaublich wichtig. Das ist ein wichtiges Thema. Im Übrigen – ich könnte jetzt viel sagen – haben wir hier schon Plenaranträge dazu gestellt, als die Enquete-Kommission noch gar nicht eingesetzt war. Ich darf zum Beispiel an die Bürgerbeteiligung beim Bau der Mittelrheinbrücke erinnern.

(Zuruf von der SPD: Einen konfusen Antrag haben Sie gestellt!)

Ich erinnere auch noch an vieles andere, zum Beispiel an das Teilnahmeverfahren zum LEP IV. Auch das sind Themen, die in den Phasen 2 und 3 noch behandelt werden. Sie sind uns ebenfalls sehr wichtig. Diese Themen wollen wir ein Stück weit mit der Phase 1 verknüpft wissen.

Selbstverständlich haben wir den Einsetzungsbeschluss gemeinsam beschlossen. Es ist klar: Das sind die Fragen, die heute ein Stück weit abgearbeitet werden sollen. Aber für die Auseinandersetzung mit diesen umfangreichen Dingen – auch mit dem, was in den Anhörungen deutlich geworden ist, wobei es in der Tat um verfassungsrechtliche Aspekte und andere schwierige Thematiken geht – brauchen wir innerhalb der Fraktion die nötige Ruhe. Wir werden uns von Ihnen in zeitlicher Hinsicht nicht treiben lassen.

Ich darf es wiederholen: Das ist ein Zwischenbericht. Es war sicherlich früher anders – auch das ist ein Novum –: Ich erinnere mich daran, dass es in den anderen Enquete-Kommissionen jeweils einen Abschlussbericht gab, in dem alles zusammengebunden wurde. Hier haben wir es mit den entsprechenden Zwischenberichten zu tun. Das bedeutet nicht, dass in dem weiteren Vorgehen – es wird noch zwei Zwischenberichte und einen Endbericht geben – nicht auch noch einmal diese Verfahrensfragen und die konkreten politischen Fragen aufgeworfen werden. Die werden wir selbstverständlich thematisieren, und wir werden uns dazu auch positionieren. Das ist überhaupt keine Frage.

Aber ich muss noch einmal deutlich sagen, dass wir dazu ein Stück weit Rückkopplung brauchen. Wir wollen das auch breit rückkoppeln; denn wir haben in diesen Bereichen, zum Beispiel im Hinblick auf die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Offensichtlich ist das bei Ihnen zum Teil schon relativ klar entschieden. Wir wollen uns einfach diese Zeit nehmen, und wir benötigen sie auch, um in einer ruhigen Atmosphäre darüber zu diskutieren.

Selbstverständlich sind wir für die Zuleitungen dankbar. Das hat auch gut funktioniert. Wir werden das in den weiteren Phasen vielleicht etwas verfestigen. Ich habe vorhin schon gesagt, dass wir die Runde der Obleute öfter einberufen sollten. Da gibt es sicherlich an der einen oder anderen Stelle einen Verbesserungsbedarf. Aber insgesamt möchte ich sagen: Unser Interesse daran ist nach wie vor hoch. Diesen Anspruch werden wir uns von Ihnen auch nicht in Abrede stellen lassen. Wir werden uns dem

weiterhin stellen, und wir werden uns in dieser Periode bekennen müssen, auch im Rahmen der Enquete-Kommission. Das ist überhaupt keine Frage. Das wird noch kommen.

Frau Abg. Spiegel: Ich möchte die Befürchtungen der CDU-Fraktion an einer Stelle entkräften: Ich glaube, es bedarf nicht dieser Enquete-Kommission, um den Koalitionsvertrag umzusetzen. Vielmehr sehen die demokratischen Regeln vor, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der SPD den Koalitionsvertrag in dieser Legislaturperiode gemeinsam umsetzen. Wenn Sie den Einsetzungsbeschluss der Enquete-Kommission vor sich liegen haben und hineinschauen, stellen Sie fest, er sieht vor, dass wir uns mit dem Thema „Bürgerbeteiligung“ tief gehender und weiter gehender beschäftigen. Ich denke, das ist die Grundintention einer Enquete-Kommission: sich die Zeit zu nehmen, um inhaltlich in die Tiefe zu gehen und auch unter Hinzuziehung von Sachverständigen und Anzuhörenden diesen Prozess gemeinsam – ich betone: gemeinsam – zu gestalten und voranzubringen.

Vor diesem Hintergrund bedauere ich es, dass Sie es ein Stück weit so darstellen, als ob der Zeitplan die große Unbekannte in diesem Verfahren gewesen wäre. Wir haben aber, als die Enquete-Kommission eingesetzt wurde, auch über den Zeitplan gesprochen und ihn, wie ich meine, sogar einstimmig verabschiedet. Er sieht einen Zwischenbericht vor. Insofern kann ich die Aufregung, die Sie jetzt an den Tag legen, und Ihre Aussage, man müsse hier im Stundentakt Ergebnisse vorlegen, nur bedingt nachvollziehen. Da die Deadline am 8. Juni ist und Sie von einem breiten Rückkopplungsprozess sprechen, glaube ich, dass das für Sie ein ganz schön komprimiertes Programm und eine Fülle von Parteiterminen bedeutet, wenn Sie das Vorlegen Ihrer Papiere bis dahin gewährleisten wollen.

An der Stelle muss ich sagen: Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten Sie sozusagen auf dem falschen Fuß erwischt, und den Wunsch geäußert, dass wir Ihnen mehr Zeit lassen. Ich glaube, dieser Vorwurf kann durch den Hinweis entkräftet werden, dass der Zeitplan schon seit Längerem bekannt ist. Darin gebe ich Ihnen übrigens recht: Ich würde mich heute mit Ihnen lieber über die Inhalte streiten als über die Tatsache, dass von Ihnen nichts vorliegt.

Herr Sachverständiger Univ.-Prof. Dr. Lorig: Ein kleiner Hinweis: Bei mir als Externem entsteht jetzt der Eindruck, dass sich die unterschiedlichen Gruppierungen in erheblichem Maße parteipolitisch zu positionieren versuchen – was in einer Parteiendemokratie legitim und auch wichtig ist. Gleichwohl stimme ich den Kollegen zu, die darauf hingewiesen haben, dass eine Enquete-Kommission stark konsensorientiert zu arbeiten hat. Ich glaube, eine weitere Diskussion über die unterschiedlichen Ursachen, die dazu geführt haben, dass diese Situation entstanden ist, sollten wir uns ersparen.

Frau Thimm, Sie haben nach meiner Erinnerung angeregt, zu überlegen, ob es alternative Vorgehensmöglichkeiten gibt – Flexibilisierung des Timetables und Ähnliches –, die wieder Bewegung in das Verfahren bringen, mit dem Ziel, dass ein Diskurs stattfindet und wir die Konsenspotenziale, die nach meinem Eindruck durchaus vorhanden sind, gemeinsam definieren können.

Herr Abg. Haller: Ich möchte noch einmal kurz auf Herrn Lammert eingehen. Ich finde, das waren jetzt sehr sachliche und in die Zukunft gerichtete Anmerkungen von Ihnen. Bei allem, was jetzt ist, müssen wir auch zugestehen, dass wir in der Vergangenheit eigentlich ganz gut zusammengearbeitet haben. Das möchte ich betonen. Wir haben das beklagt, und es ist natürlich auch ein Schlag ins Kontor. Aber es gilt jetzt, den Blick in die Zukunft zu richten. Es ist – Ihr parteiinterner Abstimmungsprozess in allen Ehren –, wie es ist.

Ich möchte für uns noch einmal sagen: Bei uns stehen weiterhin alle Türen und Tore offen. Ich glaube, wenn Sie gesagt hätten: „Wir schaffen es nicht; können wir den Zwischenbericht nicht nach den Sommerferien vorlegen?“, hätte das bei uns nicht die totale Katastrophe ausgelöst. Wir hätten es nur rechtzeitig kommuniziert bekommen müssen, dass Sie es nicht schaffen, auch nur zu einer unserer Handlungsempfehlungen eine Stellungnahme abzugeben.

Ich möchte ein Angebot machen, was die zukünftige Vorgehensweise betrifft: Wir wollen hier konsensorientiert arbeiten. Wenn es bei Ihnen Zeit- und Abstimmungsprobleme gibt: Ich weiß, wie schwierig parteiinterne und fraktionsinterne Prozesse manchmal sind. Das verstehe ich alles. Auch in Zukunft gilt bei uns: Wenn Sie uns das kommunizieren, kommen wir Ihnen da entgegen.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Als Vorsitzende kann ich das ergänzen, und ich möchte mich dem, was die folgenden Phasen betrifft, auch anschließen.

Zum Anspruch der Enquete-Kommission: Als wir über den Einsetzungsbeschluss debattiert haben, war ganz klar, dass diese Enquete-Kommission keine Alibifunktion hat, sondern dass wir uns wirklich fundiert damit befassen wollen, welche Möglichkeiten es gibt, um die Bürgerbeteiligung in Rheinland-Pfalz zu verbessern und das auch breiter zu diskutieren, nicht nur an den klassischen Instrumenten orientiert, an die wir bei diesem Thema denken. Vielmehr wollen wir einen breiteren Ansatz haben.

Da wir den Anspruch haben, dass das hier keine Alibiveranstaltung ist, ist es nur verständlich, wenn wir wollen, dass sich aus unseren Empfehlungen konkrete Gesetzesänderungen etc. ergeben. Es ist ganz klar: Das sollen nicht nur zwei Zwischenberichte plus ein Abschlussbericht sein, sondern das, was dort steht, soll auch umgesetzt werden.

Ich denke, damit ist jetzt die Generaldebatte über die Empfehlungen abgeschlossen. Wir sind zwar eigentlich beim Punkt 2 b – „Kinder- und Jugendbeteiligung / Mitbestimmung in der Schule“ –, aber ich denke, es war an dieser Stelle nötig, generell darüber zu diskutieren. Wir werden natürlich auch über den Vorschlag von Herrn Prof. Lorig nachdenken, alternative, konsensorientierte Möglichkeiten einzu beziehen. Das hatten wir schon andiskutiert, als der Vorschlag von Frau Prof. Thimm kam.

Ich frage in die Runde. Gibt es noch einen Bedarf, über die einzelnen Punkte inhaltlich zu diskutieren? Sonst würde ich sie jetzt einzeln aufrufen. Wir sind jetzt bei Punkt 2 b „Kinder- und Jugendbeteiligung / Mitbestimmung in der Schule“. Der Vollständigkeit halber fände ich es gut, wenn kurz dargestellt würde, was wir fordern.

Herr Haller, bitte.

Herr Abg. Haller: Ein ganz wichtiger Punkt, über den wir zukünftig gern mit den Kolleginnen und Kollegen von der CDU weiterdiskutieren wollen, ist für uns die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Ich denke, die Stellungnahmen in den Anhörungen haben in die Richtung gewiesen, dass man diesen Prozess durchaus angehen kann. Wir wollen wirklich Argumente gegeneinander abwägen; denn wir denken, das ist ein ganz wichtiger Prozess. Für uns haben wir schon feststellen müssen, es wird auf gar keinen Fall damit getan sein, dass wir sagen: So, jetzt senken wir das Wahlalter ab, und damit ist das erledigt. – Ganz im Gegenteil: Wenn wir das machen, muss ein Prozess vorgeschaltet werden. Das muss ein Prozess sein, bei dem deutlich wird, dass wir uns Mühe geben und auch Geld in die Hand nehmen, um junge Menschen zu befähigen, eine solch wichtige Entscheidung zu treffen.

Ich denke, „Demokratieerziehung von Anfang an“ ist ein wichtiges Stichwort in dem Zusammenhang. Man kann über vieles nachdenken. Ich halte zum Beispiel Kindergartenparlamente für eine ganz tolle Sache. Es muss ein Gesamtkonzept geben; es muss eine Sache aus einem Guss sein. Wir wollen uns diese Mühe auch machen. Wir könnten zwar einfach sagen: „Das steht in unserem Koalitionsvertrag“, aber wir wissen, dass es der Sache nicht vollumfänglich dienlich wäre, wenn wir es so machen würden. Ganz so einfach ist eine Antwort darauf nicht.

Ein Argument, das mir persönlich ganz wichtig ist: In ganz vielen Politikbereichen, die wir heutzutage behandeln und zu denen wir hier Gesetze verabschieden – ich denke nur an die kommunalen Verwaltungsreformen –, diskutieren wir auch über den demografischen Wandel. Eines der großen Argumente, über das in allen Parteien ein Konsens besteht, lautet: Wir müssen etwas machen, weil wir es mit dem demografischen Wandel zu tun haben. Die Strukturen werden teurer.

Dann sage ich mir auch: Die Bevölkerung wird im Durchschnitt älter. Damit sind auch diejenigen, die ein Landesparlament und kommunale Vertretungen wählen, älter, und damit ist es nur schwer zu erreichen, dass – wie es sein sollte – die Zusammensetzung im Parlament die Gesellschaft widerspiegelt. Ich halte es also für wichtig, das Wahlalter abzusenken, um damit dem demografischen Wandel Rechnung zu tragen und auch junge Menschen in unserer Demokratie zu Wort kommen zu lassen. Die Älteren sitzen heute schon an jedem Tisch mit dabei, und in Zukunft wird das noch stärker der Fall sein. Es wäre dann schön, wenn man junge Menschen für unsere Demokratie begeistern könnte. Dazu gehört auch, dass sie das Wahlrecht bekommen.

8. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 01.06.2012
– Öffentliche Sitzung –

Das ist der zentrale Punkt, den ich doch noch einmal herausstellen wollte. Ich bin sehr gespannt auf Ihren parteiinternen Entscheidungsfindungsprozess. Es liegt alles vor.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Es liegt alles vor. Aber ich denke, Ihr Beitrag hat einen Einblick verschafft, in welche Richtung es geht. – Dann können wir über diesen Punkt abstimmen.

Die Enquete-Kommission stimmt der Vorlage EK 16/2-92 mit den Stimmen der Vertreterinnen und der Vertreter der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Stimmen der Sachverständigen Valentina Kerst, Prof. Dr. Jan Ziekow und Prof. Dr. Caja Thimm gegen die Stimmen der Vertreterinnen und der Vertreter der Fraktion der CDU bei Enthaltung des Sachverständigen Prof. Dr. Wolfgang Lorig zu.

c) Gendergerechte Demokratie
Empfehlungen der Enquete-Kommission
dazu: Vorlage EK 16/2-93

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Wer möchte auf die Empfehlungen zu Punkt 2 c – „Gendergerechte Demokratie“ – eingehen?

Frau Spiegel, bitte.

Frau Abg. Spiegel: Ich werde es ganz kurz machen und es nicht noch einmal breit ausführen. Ich denke, wir haben uns im Rahmen der Enquete-Kommission eingehend mit dieser Thematik beschäftigt. Ich möchte nur noch einmal einige Eckpunkte nennen, die den Handlungsbedarf bei diesem Themenbereich erkennen lassen.

Ein Frauenanteil von 16,8 % in den Kommunalparlamenten: Das ist in der Tat ein Wert, der aufhorchen lässt. Da aber unsere Gesellschaft zu nahezu gleichen Teilen aus Frauen und Männern besteht, sehen wir an dieser Stelle einen dringenden Handlungsbedarf. Es gibt natürlich unterschiedliche Instrumentarien, mit denen man dies anpacken könnte. Eines dieser Instrumentarien, das ich jetzt kurz herausgreifen möchte, ist die Einführung einer verbindlichen Quotenregelung an dieser Stelle, um ganz bewusst die politischen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im politischen Feld verwirklicht wird.

Ich denke, auch freudige Ereignisse wie die Tatsache, dass wir in Rheinland-Pfalz – soweit ich weiß – die bundesweit höchste Frauenquote in einem Landesparlament zu verzeichnen haben, sollten uns nicht dazu verleiten, uns bei diesem Themengebiet auszuruhen. Über den Anteil in den Kommunalparlamenten hinaus geht es um Gremienbesetzungen und um unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche, in denen auch zum Teil sehr relevante Entscheidungen getroffen werden. Dort würden wir uns einen höheren Frauenanteil wünschen. – So weit in aller Kürze.

Die Enquete-Kommission stimmt der Vorlage EK 16/2-93 mit den Stimmen der Vertreterinnen und der Vertreter der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Stimmen der Sachverständigen Valentina Kerst, Prof. Dr. Jan Ziekow und Prof. Dr. Caja Thimm gegen die Stimmen der Vertreterin und der Vertreter der Fraktion der CDU bei Enthaltung des Sachverständigen Prof. Dr. Wolfgang Lorig zu.

d) Multikulturelle Demokratie
Empfehlungen der Enquete-Kommission
dazu: Vorlage EK 16/2-94

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Wer stellt die Empfehlungen vor?

Frau Spiegel, bitte.

Frau Abg. Spiegel: Auch zu diesem Thema möchte ich in aller Kürze einige Anmerkungen machen. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund liegt in Rheinland-Pfalz bei etwa 20 %. Jeder Fünfte hat also einen Migrationshintergrund. Gleichwohl ist die Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund in politischen Ämtern noch deutlich geringer, als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Deswegen ist auch hier ein Handlungsbedarf identifiziert worden. Das bedeutet zum einen, für eine stärkere Repräsentanz in den politischen Gremien zu sorgen, und zum anderen die Verbesserung der Rahmenbedingungen, damit sich in unserer Gesellschaft Menschen mit Migrationshintergrund besser im politischen Alltag einbringen können – Stichwort: Stärkung der Beiräte für Migration und Integration vor Ort. Aber auch noch andere Maßnahmen sollten ergriffen werden, um dazu beizutragen, dass die Beteiligungsmöglichkeiten – die durchaus noch Spielraum nach oben lassen – auch an dieser Stelle wahrgenommen werden.

Als einen weiteren Punkt möchte ich gern noch das Wahlrecht auf der kommunalen Ebene für die sogenannten Drittstaatsangehörigen nennen. Diejenigen, die aus den EU-Mitgliedstaaten kommen, haben dieses Recht bereits, aber den Menschen aus den sogenannten Drittstaaten ist es verwehrt, an Wahlen teilzunehmen. An dieser Stelle haben wir einen eindeutigen Handlungsbedarf identifiziert.

Die Enquete-Kommission stimmt der Vorlage EK 16/2-94 mit den Stimmen der Vertreterinnen und der Vertreter der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Stimmen der Sachverständigen Valentina Kerst, Prof. Dr. Jan Ziekow, Michael Kissel und Prof. Dr. Caja Thimm gegen die Stimmen der Vertreterin und der Vertreter der Fraktion der CDU sowie des Sachverständigen Prof. Dr. Wolfgang Lorig zu.

**e) Beteiligungshemmnisse und -gerechtigkeit / Generationengerechtigkeit / Beteiligung von Menschen mit Behinderung
Empfehlungen der Enquete-Kommission
dazu: Vorlage EK 16/2-95**

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Hierzu wird darauf hingewiesen, dass es einen zusätzlichen Teil gibt, in dem die Empfehlungen zur Beteiligung von Menschen mit Behinderungen gebündelt sind. Er wird aber in der Gliederung dem Punkt „Beteiligungshemmnisse und -gerechtigkeit / Generationengerechtigkeit“ zugeordnet.

Herr Haller, bitte.

Herr Abg. Haller: Ich muss ganz ehrlich sagen, diese Anhörung ist mir mit am besten im Gedächtnis; denn die Sachverständigen haben unglaublich eindrucksvoll geschildert, was noch übersehen wird. Das war auch unser Leitfaden für die Handlungsempfehlungen. Man geht, vor allem auch als Politiker, mit einer unglaublichen Selbstverständlichkeit durchs Leben und schließt dabei ungewollt – das ist eigentlich beschämend – bestimmte Gruppen aus. Man denkt einfach nicht daran. Ich denke, im politischen Raum muss es einen viel höheren Stellenwert bekommen, dass man sich die Mühe macht, immer wieder innezuhalten und sich zu überlegen: Erreichen wir damit denn alle? Ist das für alle zugänglich? Ist das transparent?

Ich denke, dazu haben wir sinnvolle Vorschläge gemacht. Das ist ein Teil, bei dem ich hoffe, dass wir irgendwie zusammenkommen. Schließlich sind auch Vorschläge dabei, deren Umsetzung im Endeffekt Geld kosten wird. Ich denke nur an den Punkt, dass man bestimmte Sitzungen durch Gebärdensprachdolmetscher begleiten lässt. Aber ich meine, wir sind es unserer Demokratie mehr oder weniger schuldig, zu sagen: Ja, das kostet Geld, aber uns ist es wichtig, Menschen mitzunehmen und sie zu beteiligen. – Es ist auch ganz schwer, dabei Abstriche zu machen. Das hat ganz viel mit Bewusstsein zu tun, damit, dass man innehält und sich vergegenwärtigt: Wo stehen wir? Wie gehe ich durchs Leben? Mit welchen Einschränkungen haben es andere Menschen im Alltag zu tun?

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Noch eine kurze Ergänzung: Wir haben erwähnt, dass wir zu dem Thema „Generationengerechtigkeit“ noch nicht genügend Informationen haben und diese im Laufe der Enquete-Kommission noch vervollständigen möchten.

**8. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 01.06.2012
– Öffentliche Sitzung –**

Die Enquete-Kommission stimmt der Vorlage EK 16/2-95 mit den Stimmen der Vertreterinnen und der Vertreter der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Stimmen der Sachverständigen Valentina Kerst, Prof. Dr. Jan Ziekow, Michael Kissel, Prof. Dr. Caja Thimm und Prof. Dr. Wolfgang Lorig gegen die Stimmen der Vertreterin und der Vertreter der Fraktion der CDU zu.

Die Mitglieder der Fraktion der CDU kündigen an, ihre abweichende Meinung bis zum 8. Juni 2012 einzureichen.

Die Enquete-Kommission kommt überein, diese als Punkt D im Anschluss an die Ergebnisse und Empfehlungen im Bericht aufzuführen. Die bisherigen Punkte D und E werden dann E und F.

Die Enquete-Kommission beschließt weiterhin, dem Wissenschaftlichen Dienst Redaktionsvollmacht zur Erstellung des Zwischenberichts zu erteilen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Protokoll der 7. Sitzung am 20. April 2012

Die Enquete-Kommission billigt das o. g. Protokoll einstimmig und erklärt sich mit der Einstellung ins Internet einverstanden.

– 21 –

Punkt 4 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über die Anzuhörenden und die Leitfragen zum Thema „Aktivierung und Orientierung durch politische Bildung“

dazu: Vorlage EK 16/2-96

Frau Vors. Abg. Schellhammer: In der Phase 2 geht es mit dem Thema „Aktivierung und Orientierung durch politische Bildung“ weiter. Ich denke, damit ist ein nahtloser inhaltlicher Übergang gewährleistet. Es gibt zu diesem Punkt eine Vorlage, in der fünf Personen genannt werden. Die politischen Stiftungen werden um schriftliche Stellungnahmen gebeten.

Die Enquete-Kommission beschließt, zu dem o. g. Thema zusätzlich ein schriftliches Anhörverfahren durchzuführen.

Die Enquete-Kommission beschließt ferner die in der Vorlage EK 16/2-96 genannten Anzuhörenden und die Leitfragen sowie die von der Fraktion der CDU vorgeschlagenen folgenden Anzuhörenden:

- Herr Prof. Dr. Gerhard Himmelmann
- Frau Studiendirektorin Bettina Anslinger-Weiss
Landesvorsitzende des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e. V.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über die Anzuhörenden und die Leitfragen zum Thema „Demokratie 2.0“

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Am 14. September werden wir eine ganztägige Sitzung zu dem Thema „Demokratie 2.0“ durchführen. Deswegen können wir uns ein paar zusätzliche Fragen erlauben oder vielleicht auch die Anzuhörenden bitten, ihre jeweiligen Projekte vorzustellen. Es kann auch spannend sein, zu sehen, welche Fragen sich aus diesen Projekten ableiten lassen. Wir können ruhig zehn Anzuhörende benennen. Ich denke, eine ganztägige Sitzung gibt das her.

Außerdem schlage ich vor, für den Fall, dass uns bei der Auswahl zwei oder drei Institutionen einfallen, die wir ebenfalls befragen möchten, auch die Durchführung einer schriftlichen Anhörung zu beschließen.

Herr Abg. Lammert: Zur Frist habe ich keine Frage. Nur zur Orientierung: Wann könnten die Leitfragen vorliegen, und wie viele Anzuhörende kann jede Fraktion vorschlagen? – Das ist eine größere Anhörung; daher können wir vielleicht zwei bis drei vorschlagen.

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Wenn wir zehn Personen einladen, ist der Schlüssel 4 : 4 : 2. Die Leitfragen lassen wir Ihnen im Laufe der nächsten oder übernächsten Woche auf jeden Fall zukommen.

Die Enquete-Kommission beschließt, zu dem o. g. Thema zusätzlich ein schriftliches Anhörverfahren durchzuführen.

Die Enquete-Kommission kommt überein, dass die zwischen den Fraktionen abgestimmten Anzuhörenden und Leitfragen der Landtagsverwaltung bis zum 26. Juni 2012 mitgeteilt werden sollen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Frau Vors. Abg. Schellhammer: Wir haben heute im Plenarsaal getagt. Sie konnten sich jetzt alle einen Eindruck davon verschaffen. Es ist noch nicht klar, ob im Saal 7 die technischen Voraussetzungen für die Durchführung der Sitzung am 17. August wieder gegeben sein werden. Eventuell müssen wir noch einmal den Plenarsaal nutzen. Aber danach können wir, auch mit dem Livestream, den Saal 7 wieder nutzen. Zunächst gab es die Idee, dass wir nach einer Übergangsphase – sobald der Livestream eingerichtet sein würde – ausschließlich den Plenarsaal nutzen sollten. Aber für den Saal 7 werden auch die technischen Voraussetzungen geschaffen, sodass keine Notwendigkeit mehr besteht, immer hier zu tagen. Ich frage Sie, ob die Distanzen in diesem Raum nicht vielleicht doch ein bisschen zu groß sind.

(Frau Abg. Brede-Hoffmann: Man kann im Saal 7 etwas trinken!)

– Genau, man kann im Saal 7 etwas trinken. Ich denke, das ist gerade bei längeren Anhörungen von Vorteil.

Die Enquete-Kommission kommt überein, zukünftig den Saal 7 für die weiteren Sitzungen einschließlich der Übertragung per Livestream zu nutzen. Die Nutzung des Saals 7 in der nächsten Sitzung am 17. August 2012 steht unter dem Vorbehalt, dass die technische Ausstattung bis dahin vorliegt.

Jetzt müssen wir uns noch über unsere wunderschönen Infostände austauschen. Wir haben – schon morgen sehen wir uns wieder – einen Infostand auf dem Rheinland-Pfalz-Tag. Die Kernzeit, für die es sich vertreten zu sein lohnt, ist 12:00 Uhr bis 18:00 Uhr. Ich selbst werde von 12:00 Uhr bis 15:30 Uhr da sein.

Ich würde mich freuen, wenn mich weitere Mitglieder der Enquete-Kommission am Infostand unterstützen würden. Herr Haller hat sich schon gemeldet. Die CDU-Fraktion bitte ich, uns mitzuteilen, ob jemand von ihrer Seite kommt. Das wäre auf jeden Fall wünschenswert; denn wir alle haben betont, dass die Bürgerbeteiligung ein wichtiges Anliegen für uns ist. Dort haben wir einen direkten Kontakt zu den unterschiedlichsten Bürgerinnen und Bürgern und können Rückmeldungen einholen. Schon beim Verfassungsfest hat sich gezeigt, dass die Diskussionen wirklich spannend sind.

Darüber hinaus haben wir am 9. September in Koblenz den Ehrenamtstag. Das Zeitfenster für die Anwesenheit liegt hier zwischen 11:00 Uhr und 18:00 Uhr. Ich bitte auch hier die Fraktionen, mir mitzuteilen, wer zur Unterstützung an den Infostand kommt.

Wir haben ebenfalls schon festgelegt, dass wir beim Rheinland-Pfalz Open Air mit einem Infostand vertreten sein werden. Dort haben wir ein Zeitfenster von 14:00 Uhr bis 18:00. Auch hier habe ich die Bitte, dass Sie uns die Personen nennen, die uns da unterstützen werden.

Ich habe den Obleuten vor ein paar Tagen den Hinweis zugeleitet, dass der Demokratietag 2012 im Landtag stattfinden wird und dass die Enquete-Kommission eingeladen ist – wie es genau zusammengesetzt ist, ist noch nicht abschließend geklärt –, das Podium mit ein paar Abgeordneten zu unterstützen. Der Demokratietag findet am 14. November statt; vorgesehen ist ein Zeitfenster zwischen 15:45 Uhr und 16:25 Uhr.

Den ganzen Tag über finden Workshops statt, in denen auch über das Thema „Bürgerbeteiligung“ gesprochen wird. In der Diskussion hat es sich so ergeben, dass wir die Ergebnisse, die dort erzielt werden, in die Enquete-Kommission mitnehmen können. Diese Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen. Deshalb werde ich noch einmal auf Sie zukommen, wenn klar ist, wie viele Mitglieder der Enquete-Kommission auf dem Podium vertreten sein werden.

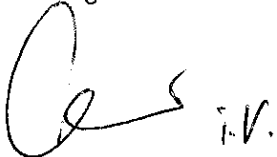
**8. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 01.06.2012
– Öffentliche Sitzung –**

Weiterhin beschließt die Enquete-Kommission, am Demokratietag im Landtag am 14. November 2012 teilzunehmen.

Die Enquete-Kommission beschließt ferner, die Berichte der Landesregierung in das Web-BLog einzustellen.

Die Landesregierung wird gebeten, die Berichte auch als PDF-Datei für das Web-BLog zur Verfügung zu stellen.

Ich danke Ihnen herzlich für die sehr spannende Sitzung. Wir sehen uns in dieser Formation am 17. August wieder. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Rheinland-Pfalz-Tag. Machen Sie es gut!



Protokollführerin